

Ressort: Politik

Regierung will mehr Transparenz bei Bankgebühren fürs Geldabheben

Berlin, 18.04.2017, 07:06 Uhr

GDN - Der zunehmenden Zahl von Banken mit Gebühren fürs Geldabheben will die Bundesregierung mit mehr Transparenzvorschriften begegnen. Das geht nach Informationen der "Rheinischen Post" (Dienstagsausgabe) aus einer Antwort des Verbraucherschutzministeriums auf eine Grünen-Anfrage hervor.

Demnach ist sich die Bundesregierung sicher, dass "in Zukunft zertifizierte Vergleichswebsites zur Erhöhung der Transparenz der Kontoführungsentgelte beitragen" werden und es dadurch den Verbrauchern leichter möglich sei, das für sie am besten geeignete Zahlungskonto am Markt zu finden. Die Regierung verweist in diesem Zusammenhang auf geplante Änderungen im Zahlungskontengesetz, die nach einem entsprechenden EU-Erlass in Kraft treten sollen. Bei der bevorstehenden Umsetzung einer neuen Richtlinie für Zahlungsdienste soll künftig außerdem vorgeschrieben werden, dass für den Ersatz eines verloren gegangenen, gestohlenen oder missbräuchlich verwendeten Zahlungsinstrumentes kein Entgelt verlangt werden darf, welches die tatsächlichen Kosten übersteigt. Auch eine Verlust-Anzeige müsse kostenfrei möglich sein.

Bericht online:

<https://www.germandailynews.com/bericht-88168/regierung-will-mehr-transparenz-bei-bankgebuehren-fuers-geldabheben.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

United Press Association, Inc.
3651 Lindell Road, Suite D168
Las Vegas, NV 89103, USA
(702) 943.0321 Local
(702) 943.0233 Facsimile
info@unitedpressassociation.org
info@gna24.com
www.gna24.com